

Ohne Kampf

kein Fortschritt!



Eltern sauer: Angebot ist weniger, dafür bezahlen sie jetzt mehr.

Eine Befragung der AK zeigt: Auch wenn Kindergartensteuer-Landesrätin Haberlander das Gesetz schön redet: die betroffenen Eltern sind sauer, weil das Angebot eingeschränkt wurde und dafür auch noch Gebühren fällig werden.

Kürzere Öffnungszeiten, weniger Angebot am Nachmittag, Gruppenzusammenlegungen und –schließungen – all das verdanken Oberösterreichs Eltern der von ÖVP und FPÖ eingeführten Kindergartensteuer. Dass sie dementsprechend sauer sind, zeigte eine Elternbefragung, die die Arbeiterkammer Oberösterreich gerade veröffentlicht hat. Denn im Gegensatz zum Land interessierte die AK nicht nur die Meinung der Einrichtungen, sondern auch die Meinung derer, die es im Endeffekt betrifft: die Eltern.

Unfugssteuer schnellstens wieder abschaffen!

34 Prozent der befragten Eltern sind negativ von den Auswirkungen der Kindergartensteuer betroffen und haben jetzt Schwierigkeiten eine entsprechende Betreuung zu finden. 74 Prozent halten sie für eher nicht bzw. gar nicht sinnvoll. Kein Wunder gibt es doch an allen Wochentagen unterjährige Rückgänge bei der Anzahl der anwesenden Kinder von etwa 20 Prozent. Dafür werden Eltern für das eingeschränkte Angebot jetzt zur Kasse gebeten,

wenn sie ihr Kind am Nachmittag betreuen lassen müssen. Es überrascht demnach auch kaum, dass Eltern die Gebühren laut Befragung klar ablehnen. „Sie sollen jederzeit für die Arbeit zur Verfügung stehen, mit super Würfeln wie der Kindergartensteuer macht man es ihnen aber immer schwerer, das auch mit dem Familienleben in Einklang zu bringen. Diese Unfugssteuer, die mehr kostet als sie bringt, muss schnellstens wieder abgeschafft werden. Die Beschäftigten haben es sich verdient, dass ihre Kinder gut und kostenlos betreut werden, während Sie in der Arbeit sind und somit die Wirtschaft am Laufen halten“, so AK-Präsident Johann Kalliauer. ■

Diese Unfugssteuer, die mehr kostet als sie bringt, muss schnellstens wieder abgeschafft werden. Die Eltern haben es sich verdient, dass ihre Kinder gut und kostenlos betreut werden

**AK-Präsident
Dr. Johann Kalliauer**

